

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Jugend-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 35.— Mk., im voraus zahlbar. Auch die Post bezogen 57.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Dänisch, das Saar- und Weimargebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Ungarns 60.— Mk., für das übrige Ausland 97.— Mk.

Die geschäftliche Korrespondenz oder deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Anzeigensteuer. Versuche Anzeigen lang Karol. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 8.— Mk. netto pro Seite. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Vertriebspreis Zentrum 132 90—132 99

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Mit der vorliegenden Nummer hat auf Wunsch der Berliner Parteileitung im Einverständnis mit der Zentralleitung der Partei der Genosse Dittmann die Chefredaktion der „Freiheit“ und damit gegenüber der Berliner Parteigenossenschaft die Verantwortung dafür übernommen, daß die Redaktion im Sinne der Parteitagbeschlüsse geführt wird. Gleichzeitig sind die bisherigen Mitglieder der Redaktion auf ihren Wunsch ausgeschieden und an ihre Stelle neue Redakteure eingetreten.

### Weltkapitalismus und Einheitsfront

Der Weltkrieg ist für den Kapitalismus zum Ausgangspunkt einer neuen Epoche geworden. Bis zum Kriege vollzog sich die Entwicklung des Kapitalismus im Rahmen der Nationalstaaten, die er im Laufe der letzten Jahrhunderte geschaffen hatte. Das Hin- und Wippen über diesen nationalen Rahmen, der Imperialismus, trieb zum Weltkriege.

Die Erschütterungen, die der Weltkrieg hervorgerufen hat, trafen die nationalen Einzelkapitalismen so stark, daß sie sich aus eigener Kraft nicht wieder von den Kriegsfolgen erholen können. Die Kapitalisten der Siegerstaaten hatten zunächst geglaubt, durch Ausplünderung der Besiegten ihr Land retten zu können. Die Rückwirkungen der Siegerdiktate auf das Wirtschaftsleben der Siegerländer haben sie belehrt, daß dieser Glaube eine Illusion war. Sie beginnen einzusehen, daß auch ihre Länder dem Untergang zufliegen, wenn sie die Besiegten völlig ruinieren. Das eigene Wirtschaftsleben der Siegerländer braucht die Volkswirtschaft der Besiegten als Abnehmer und als Lieferanten.

Die Siegerländer lernen erkennen, daß das Wirtschaftsleben der Besiegten kein fremdes und isoliertes Gebilde ist, sondern ein Glied des großen Weltwirtschaftskörpers, dem auch sie angehören. In England ist diese Erkenntnis allmählich Allgemeingut der herrschenden Kreise geworden, in Frankreich sträubt sich der nationale Bloß noch gegen die bessere Einsicht, die sich auch dort durchzusetzen beginnt. So ringt sich in der kapitalistischen Welt der Gedanke durch, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau aller kapitalistischen Länder, der Sieger wie der Besiegten Staaten, ein gemeinsames Interesse ist und gemeinsam erfolgen muß. Dieser Grundgedanke hat jetzt die Staatsmänner der kapitalistischen Welt nach Genua geführt.

Man wird in Genua die Linie zu finden suchen, auf der ein Ausgleich der einander widerstreitenden Interessen möglich ist. Der Ausgleich wird wesentlich die Form der friedlichen Durchdringung der besiegten Länder mit dem Kapitalismus der Siegerländer tragen. Unter der Oberfläche ist dieser Prozeß längst im Werden. Friedensvertrag, Ultimatum und Geldentwertung haben die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Entente-kapital und deutschem Kapital sehr stark gefördert. Im Saargebiet, im besetzten Rheinland, im Ruhrgebiet, in den großen Werften und Schiffunternehmungen an der Nord- und Ostsee steckt heute bereits zu einem großen Teile französisches, belgisches, englisches, amerikanisches, kurzum internationales Kapital. Ueber Danzig dringt es in den deutschen Osten und über Polen nach Oberschlesien. Heute befindet sich nach den Angaben kapitalistischer Wirtschaftspolitiker bereits ein Viertel des deutschen Aktienkapitals in ausländischem Besitz.

Das in Deutschland investierte Kapital verliert in immer höherem Grade seinen bisherigen national-deutschen Charakter und wird international. Der Kapitalismus der Siegerländer überwindet so die nationalen Schranken Mitteleuropas und die nationalen Einzelkapitalismen verschmelzen allmählich zu einem einheitlichen Weltkapitalismus.

Damit vollzieht sich auf weltwirtschaftlicher Stufenleiter derselbe Prozeß, der sich im vorigen Jahrzehndert in Deutschland vollzogen hat. Der aufstrebende Kapitalismus überwand damals die gegenseitige wirtschaftliche Abperrung der deutschen Einzelstaaten. Es entstand der Zollverein, der Norddeutsche Bund, das Deutsche Reich. Dabei diente der Krieg als gewalttätiger Hebel, um die stärksten Hindernisse zu beseitigen, die sich der Bildung eines einheitlichen Wirtschafts- und Ausbeutungsgebietes entgegenstellten. So hat jetzt der Weltkrieg der bisher durch die kapitalistischen Nationalstaaten gehemmten Entwicklung zum einheit-

## Die Beratungen in Genua

### Rußland als Brennpunkt

Sonderbericht des „Jntel“

Genua, 11. April.

Heute vormittag 10,30 Uhr trat die erste Kommission, die sich mit den politischen Fragen zu beschäftigen hat, zusammen. Es kam abermals zu einem Rededuell zwischen Tschitscherin und Barthou, weil Tschitscherin verlangte, daß Rußland nicht einen, sondern drei Vertreter in die Kommission entsenden müsse. Barthou erwiderte hiergegen Einspruch; dies sei nicht angängig, da die anderen Staaten auch nur durch je einen Delegierten vertreten seien. Tschitscherin erwiderte, es sei für Rußland gleich, wie viele Vertreter die anderen Mächte in die Kommission entsenden, für Rußland genüge aber ein Vertreter nicht, da dieser unmöglich allein das umfangreiche Material bewältigen könne. Lloyd George vermittelte durch einen Antrag zu vermitteln, demzufolge jeder Staat in der Kommission durch einen Delegierten vertreten sein solle, dem es aber frei stünde, sich im Bedarfsfalle einer Hilfskraft zu bedienen. Dieser Vorschlag wurde auch angenommen.

In weiteren Verlauf der Sitzung wurde von der russischen Delegation folgende Erklärung abgegeben: „Die russische Delegation lehnt die Anwesenheit der Kommission auf den anormalen Charakter ihrer Zusammenkunft, weil in dieser Kommission, die sich mit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und den anderen Staaten beschäftigen soll, auch Japan vertreten ist, das gegenwärtig einen Teil der Republik des fernen Ostens, die mit Rußland verbündet ist, besetzt hält.“

Eine gleiche Erklärung gab der russische Delegierte in bezug auf die Befehung Bekarabiens gegen Rumänien ab. Der japanische Delegierte erklärte, er könne diesen Prozeß nicht zur Kenntnis nehmen, da für diesen keine rechtlichen Unterlagen vorhanden seien. Der rumänische Vertreter betonte, daß Bekarabien rechtmäßig zu Rumänien gehöre, und daß somit der Prozeß der russischen Delegation einseitig sei. Die Sitzung wurde 12 Uhr mittags geschlossen.

Am Nachmittag trat die Unterkommission der politischen Kommission zusammen, die zu ihrem Vorsitzenden den italienischen Außenminister Schanzer wählte. Die Kommission prüfte zunächst die Methoden, die am besten geeignet wären, die drei ersten Probleme der Tagesordnung zu lösen. Der englische Ministerpräsident Lloyd George schlug vor, der Behandlung dieser Probleme den von den Sachverständigen in London ausgearbeitete Bericht zugrunde zu legen. Dieser Vorschlag wurde angenommen und der Bericht sofort an alle Unterkommisionsmitglieder verteilt. Die russische Delegation verlangte, daß die Sitzung der Unterkommission vertagt werde, damit ihr Gelegenheit zu genauem Studium dieses Berichtes gegeben sei. Der Antrag wurde angenommen und die Sitzung der Unterkommission auf Sonnabend, den 15. April, vertagt.

Auf Vorschlag Barthous, dem auch Tschitscherin zustimmte, wurde beschlossen, in der nächsten Sitzung der Unterkommission auch die anderen Punkte der Tagesordnung mit denen sich die Kommission zu beschäftigen hat, zu be-

handeln, u. a. die „Wiederherstellung des Friedens und des Vertrauens“.

Morgen Mittwoch vormittag treten die Kommissionen für Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzfragen zusammen.

### Beginn der Kommissionsberatungen

(C. P.) Genua, 11. April.

Deutscherseits wurde folgende Mitteilung über die heutige Vormittagsitzung gegeben. Die erste allgemeine Kommission trat heute um 10,30 Uhr vormittags unter dem Vorsitz des Präsidenten Facta zusammen. Der Präsident stellte mit, daß am Nachmittag 4 Uhr die zweite Kommission und die Finanzkommission einberufen werde. Deutschland werde darin mit zwei Delegierten, zwei stellvertretenden Delegierten und den entsprechenden Sachverständigen vertreten sein. Als deutsche Delegierte werden der Kommission angehören: Reichsaußenminister Dr. Rathenau und Reichsfinanzminister Dr. Herms. Als Stellvertreter der Delegierten: Staatssekretär Schroeder und Präsident Hauenstein. Als Sachverständige werden in der zweiten Kommission tätig sein, die dem Finanzausschuß angehörenden Herren Hagen, Villersding, Mendelsohn, Georg Bernhardt, Kreuter, Melchior, Hauenstein und Bergan. In der Sitzung der ersten Kommission stellte Präsident Facta die drei Punkte des Programms von Genua zur Diskussion, Prüfung der Frage, wie die Grundsätze der Resolution von Genua zur Anwendung gebracht werden, Finanzlage für den europäischen Frieden, die Wiederherstellung des Vertrauens zu den Mächten und Nationen, unbeschadet der bestehenden Verträge.

### Barthous unglückliche Hand

Sonderbericht des „Jntel“

Genua, 11. April.

Die französischen Journalisten, die der Konferenz beizuhören, können nur mühsam ihre Zustimmung über den Verlauf der gestrigen Sitzung unterdrücken und geben in Privatgesprächen vielfach der Meinung Ausdruck, daß Barthou nicht glücklich operiert habe. Er sei zu weit gegangen, so daß Frankreich auf der Konferenz von einer gewissen Isolierung bedroht werde.

Heute vormittag gab die Presseabteilung der französischen Delegation ein Memorandum heraus, in dem der von Barthou in seiner gestrigen Erwiderung auf Tschitscherins Rede verfolgte Standpunkt begründet wurde. Dieses Memorandum wurde jedoch kurz darauf zurückgezogen.

Soweit es der italienischen Presse möglich gewesen ist, bei der verpönten Ausgabe der Berichte über die gestrige Konferenzsitzung die Vorfälle zu kommentieren, nimmt sie in entscheidender Weise Stellung gegen Barthou, den sie in mehr oder weniger höflicher Form tadelt, während Lloyd George und de Facta als die Retter der Situation bezeichnet werden.

Der „Corriere della Sera“ sagt sein Urteil über den Verlauf der gestrigen Sitzung dahin zusammen, daß Barthou die Forderung Tschitscherins nach allgemeiner Abrüstung noch schroffer beantwortet habe, als Briand in Washington. Nichtsdestoweniger sei zu hoffen, daß es gelingen werde, die Forderung Frankreichs nach nationaler Sicherheit mit dem notwendigen Punkte der Welt nach wahrer Friede zu vereinigen. Barthou (sah) nicht auf, zu beraten; es nützt niemanden, eine negative Politik zu betreiben und den Eindruck zu erwecken, daß er allein rede.

lichen Weltkapitalismus gewaltig Bahn gebrochen. Wie in Deutschland jetzt der preussische Kapitalismus sich durchsetzte, so wird jetzt der angelsächsische Kapitalismus zum Kern des sich bildenden Weltkapitalismus.

Die gemeinsame Ausbeutung und Unterdrückung Europas und der ganzen Welt ist letzten Endes das Ziel der kapitalistischen Verständigung und Verschmelzung. Das Kapital wird wirtschaftlich und politisch zum unumschränkten Herrscher der Welt. Es organisiert und konzentriert in seinem Profitinteresse die gesellschaftliche Produktion immer rationeller und bereitet sie dadurch wider Willen vor für die Übernahme durch die Volksgesamtheit, für den Sozialismus.

Die wachsende Internationalität des Kapitals erzeugt ihren Gegenpol, die Internationalität des Proletariats. Die Interessen der Proletarier der einzelnen Länder werden unter dem Druck des gleichen Weltkapitalismus immer mehr gleich und verschmelzen mit einander. Die Internationalität des Proletariats bekommt ein einheitliches, festes Fundament in der einheitlichen kapitalistischen Weltwirtschaft. Der profe-

tarische Klassenkampf wird sich international vereinheitlichen. Das Proletariat wird neben der Staatsgewalt des eigenen Landes sehr oft die Staatsgewalt der ganzen kapitalistischen Welt gegen sich haben. Wir stehen vor einer Periode der ungeheuerlichsten wirtschaftlichen und politischen Machtkonzentration und Machtfaltung des Kapitalismus, durch die wir kämpfend hindurch müssen.

Kommt es im Verfolg der Konferenz in Genua zu einer internationalen Belebung der Produktion, dann wird gar bald der konzentrische Angriff des internationalen Kapitals auf den Achtfundentag einsehen. Angriffe auf das Bestimmungsrecht des Proletariats im Betriebe, auf das Kognitions- und Streikrecht werden folgen. Wirtschaftliche und politische Klassenkämpfe von internationalem Ausmaße werden die Folge sein. Damit beginnt die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und politischen Kampforganisationen, die internationale Klassenkampf-gemeinschaft des Proletariats und ihre eminent praktische Bedeutung. Voraussetzung für sie ist aber, daß im nationalen Rahmen die größtmögliche Konzentrierung der proletarischen Kräfte vor sich geht und das

Proletariat sich in einheitlicher geschlossener Front dem Kapitalismus entgegenstellt. Das gilt besonders auch für Deutschland.

So lange ein Teil des deutschen Proletariats mit kapitalistischen Parteien gemeinsam Politik treibt und ein anderer proletarischer Flügel unter putschistischem Einfluß steht, ist die Einheitsfront des Proletariats gerade in den entscheidenden Situationen immer wieder gefährdet, selbst wenn sie am Anfang einer Aktion hergestellt werden konnte. Erst wenn sich von rechts wie von links alle Proletarier wieder gefunden haben auf dem Boden des Klassenkampfes, den unsere Partei nie verlassen hat, wird es zur dauernden Einheitsfront des Proletariats kommen, die bitter notwendig ist. Die werdende Einheitsfront des internationalen Kapitalismus, die Genna vorbereitet, sollte dem deutschen Proletariat Mahnung und Beispiel sein.

## Die Drohungen der Agrarier

Die Unerbittlichkeit der deutschen Agrarier ist sprichwörtlich. Sie sind auch durch das weite, jede Rücksicht auf die Volksernährung außer acht lassende Entgegenkommen ihres Führers Herrn S. noch nicht befriedigt, sondern wollen auch die letzten, ihnen noch durch das abgebaute Umlageverfahren gezogenen Schranken niederreißen und sind entschlossen, zu den äußersten Mitteln zu greifen. Mit besonderer Deutlichkeit läßt sich das Organ des Brandenburgischen Landbundes aus, wie folgende Nachlese zeigt:

„Die Macht haben wir! Wir haben im Reichslandbund gegen 1 1/2 Millionen Bauern zusammengeschlossen. Das sind zehnmal mehr, als die Volksmotivführer... Wir haben die Macht, wir haben den Roggen. Die unzulänglichen Nachmittel der Regierung brauchen wir nicht zu fürchten. Unser Vieserstreik und unser Steuerstreik würden jeden Tag die Wichtigkeit dieser Tatsache beweisen.“ (Nr. 9.)

„Man mag verordnen so viel man will, der Brandenburgische Landbund liefert einfach nicht mehr.“ (Nr. 5.)

„Ich halte nicht den Vieserstreik für die stärkste Waffe, sondern den organisierten Boykott. Der Boykott wäre anzuwenden besonders gegen die Gesetze, die zum Schaden des Vaterlandes gegeben werden... Ich bin der Ansicht, daß der jetzige Staat ruhig im halben Konkurs weiterleben soll.“ (Nr. 11.)

In Nr. 13 wird mitgeteilt, daß am 21. März, demselben Tage, da sich die Ernährungsminister der Länder für die Beibehaltung einer Umlage ausgesprochen haben, die Vertreter aller Länder einstimmig beschlossen haben, jede kommende Umlage, jeden Zwang in irgendwelcher Form nicht nur abzulehnen, sondern, wenn man sich regierungsseitig erzwingen sollte, vermittels der Gesetzgebungsmachinery ein Zwangsumlagegesetz durchzubringen, daß dieses Gesetz einheitlich von der gesamten deutschen Landwirtschaft nicht befolgt werden soll... Es wurde beschlossen, sofort im Land bekanntzumachen, daß die gesamte deutsche Landwirtschaft einmütig selbst dem gesetzlichen Zwang Widerstand entgegenzusetzen wird.“

Angesichts dieser Drohungen ist es einfach frecher Hohn, wenn die Agrarierpresse in hochtrahenden Worten von einer angeblich geplanten „sozialen Hilfsaktion“ spricht. Einstweilen besteht die „soziale Hilfe“ der deutschen Agrarier in einer widerlichen Preistreiberi, die es dank der Hermes-Politik bereits dahin gebracht hat, daß das inländische Mehl heute trotz der katastrophalen Marktentwertung teurer ist als das ausländische. Der Ansturm der Agrarier gegen die Verlängerung des Umlageverfahrens hat lediglich zum Ziele, diese Preisentwertung auf die gesamte deutsche Getreideproduktion auszuweiten, und das „soziale Hilfsverf.“ ist nichts anderes als eine billige Phrase, welche die Agrarier als Gegenleistung für die gänzliche Aufhebung des Umlageverfahrens zu bieten bereit sind. Die frechen und unverhüllten Drohungen der Agrarier drängen die Frage auf nach den Maßnahmen, welche die Regierung gegen die Agrarier getroffen hat. Leider weist aber diese Frage völlig ins Leere.

## Die Teuerung

### Steigerung von 165 Prozent gegen März 1921

Nach einer kurzen Verlangsamung der Teuerungsentwicklung gegen Ende des Monats Februar hat die Teuerung im Monat März weiter stark zugenommen. Die vom statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Aufwendungen für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Lebensindex für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats März auf 2002 gestiegen. Gegenüber Februar (1919) sind die Lebenshaltungskosten um 15,7 v. H. gestiegen, gegenüber Januar dieses Jahres um 40,4 v. H., gegenüber dem Monat März des Vorjahres um 155 v. H.

Ungefähr gleich stark wie die Gesamtausgaben sind im Berichtszeitraum die Ernährungslosten gestiegen, deren Indexziffern für den Durchschnitt des Monats März 2152 beträgt. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Steigerung von 15,6 v. H., gegenüber März 1921 eine Erhöhung von mehr als 165 v. H. des damaligen Standes. An dieser Teigerung haben fast ausnahmslos alle Lebensmittel teil. Nur einige Gemüsesorten, Schellfische und Eier konnten sich in einer Reihe von Gemeinden etwas im Preise verbilligen, während Fleisch und Fette allenthalben ganz besonders im Preise ansgeliegen. Für das Brot kommt erstmals die starke, Mitte Februar eingetretene Preissteigerung in der Indexziffer voll zum Ausdruck.

Weit mehr als Ernährung- und Gesamtkosten haben die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung im Durchschnitt des Monats März gegenüber dem Vormonat zugenommen. Die im März eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten war im Gegensatz zu den Vormonaten in den Großstädten nicht ganz so bedeutend wie in mittleren und Kleinstädten.

## Keine Bodenspekulation

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt: „Unter den letzten wirtschaftlichen Verhältnissen wird hinsichtlich des Verkaufs von staatlichem Grundbesitz landwirtschaftliche Aktion. In den Fällen aber, wo besondere Rücksichten auf das Gemeinwohl Verkäufe ausnahmsweise rechtfertigen, muß besonderer Wert darauf gelegt werden, daß

jede spekulative Ausbeutung des Kaufobjekts verhindert wird.“

So hat der preussische Landwirtschaftsminister bestimmt, daß bei Verkauf von Domänen- und Forstland auf die Dauer von 15 Jahren ein Wiederkaufrecht des Staates für den Fall des Weiterverkaufs vertraglich sichergestellt wird. Die Sicherstellung des Wiederkaufrechts erstreckt sich bei einem Verkauf zu baulichem Zwecke auch auf den Fall nicht rechtzeitiger Bebauung und kann auch dann erfolgen, wenn der Käufer auf dem Grundstück bestimmte, dem Kaufzweck zuwiderlaufende Handlungen vornimmt. Nur bei Verkauf von Staatsländereien an ein gemeinnütziges Siedlungsunternehmen wird die Sicherung gegen Weiterverkäufe auf spekulative Zwecke für entbehrlich gehalten, da der Charakter der provisorischen Siedlungsunternehmen eine gewinnmäßige Verwertung ausschließt und die Siedlungsgesellschaft selbst durch Wiederkaufrecht dem Verkäufer gegenüber gegen mißbräuchliche Verwendung geschützt ist.

## U. S. P. D.

### Massen heraus!

## 300 Prozent Mietszuschlag Bohnungswucher - Mietssteuer und Reichsmietengesetz

Ueber dieses Thema spricht am  
Donnerstag, den 13. April, abends 7 Uhr  
in der

Brauerei Friedrichshain (Am Friedrichshain)  
Reichstagsabgeordneter Bernhard Anhut.  
Freie Aussprache.

Zur Deckung der Unkosten Eintritt 1 Mark.

## Bezirksverband Berlin-Brandenburg

## Die Eisenbahn-U. G.

Wir haben schon in der Sonntagsausgabe mitgeteilt, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie durch einige Sachverständige ein „Gutachten“ über die Eisenbahnfrage hat ausarbeiten lassen. Dieses Schriftstück ist der Regierung überreicht worden, und jetzt werden größere Teile aus dem Inhalt des ganz tendenziös zurechtgeschürften Nachwerkes bekannt. Die Eisenbahnen sollen danach in eine gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft mit überwiegender Beteiligung der freien Wirtschaft umgewandelt werden.

Als Hauptträger der Gesellschaft sind gedacht: Landwirtschaft, Handel einschließlich Banken, Industrie und Handwerk, außerdem die Gewerkschaften, Gemeinden. Weiter ist eine Beteiligung der Beamten- und Arbeiterkassen der Reichseisenbahnen sowie des Reiches und der Länder vorgesehen. Dem Reiche wie den Ländern bleibt Aufsichtsratsrecht und Gewinnanteil gesichert. In der besonders schwierigen Tarifrage wünscht die Deutsche die Schaffung einer geschlossenen Sicherheit, daß die Tarife so festgesetzt werden, wie es dem allgemeinen wirtschaftlichen Interesse entspricht. Für eine Uebergangszeit von etwa drei Jahren wird Tariffreiheit empfohlen, die nur für wichtigste Lebensmittel eingeschränkt werden dürfte. Für später wird ein Tarifgericht nach amerikanischem Muster vorgeschlagen.

Daß die Beteiligung der Gewerkschaften und der Arbeiter und Beamten der Eisenbahnen an den leitenden Organen bei überwiegender Beteiligung der freien Wirtschaft nur Attrappe ist, dürfte klar sein. Aber dieser schöne Plan deckt sich fast mit dem, der selbstergeleitet der ersten Debatte über das Thema: „Stimmung der Eisenbahnen, von den christlichen Gewerkschaften empfohlen wurde. Man täusche sich also nicht: es gibt auch Arbeiter-Organisationen, die auf diesen Punkt kriechen.

Die Ursache für die Unwirtschaftlichkeit der Reichseisenbahnen erblicken die Herren „Gutachter“ vornehmlich in den ihnen zu gut erscheinenden Arbeitsbedingungen. Ihre Beseitigung wäre also die erste Tat der angestrebten Eisenbahn-U. G. Es ist gut, daß man das rechtzeitig erfährt.

## Der Kadett als Müllkutschher

Mit den Maßregelungen in Lichterfelde beschäftigte sich am Montag in den Lichterfelder Festhallen eine Protestversammlung der Deutschnationalen Volkspartei. Der Referent versuchte nachzuweisen, daß der Schuldbeweis gegen die entlassenen Schüler nicht als erbracht angesehen werden könne. Der Deutschen Volkspartei wird in der Debatte Dankbarkeit vorgeworfen. Dann sang man ein Klagegedicht auf die Not der gemährregelten Schüler. Der eine der entlassenen Schüler habe Beschäftigung bei der Müllabfuhr angenommen.

Müllabfuhr ist eine übernatürliche Tätigkeit; sie ist viel wichtiger und notwendiger, als die Vorbereitung für den Offiziersberuf. Das Beispiel wird aber kaum von den anderen Herren Primanern nachgeahmt werden.

## Berichtliche Strafen für Querulanten

Noch immer werden recht zahlreiche Personen, durch deren gehäufte und vielfach formell beleidigende Eingaben an Behörden oder Präfekturteilungen die Behörden und Gerichte sich belästigt fühlen, als geisteskrankte Querulanten erklundert oder gar für lange Zeit in das Irrenhaus gesperrt. Die Belästigungen hören damit keineswegs auf, da bestimmungsgemäß auch die Eingaben des Internierten an Behörden befristet werden müssen. Die Einlieferung verursacht sogar eine veränderte Eingabensicht. Ueberdies werden die Steuerzahler mit den sehr erheblichen Kosten langwieriger Internierung belastet. Ob der angeklagte Querulant wirklich ein solcher ist und er nicht einen guten Rechtsanspruch hat, kann in nicht wenigen Fällen bei der Art unserer Justizpflege mindestens zweifelhaft sein. Vielfach wird Bestrafung, unter Um-

ständen zu Gefängnis nach §§ 30 und 31, Titel 1, Teil III der noch heute rechtsgültigen Allgemeinen Gerichtsordnung für die preussischen Staaten vom Jahre 1793 verfügt. Das Kammergericht hat hierzu ausgeführt: „Parteien, die sich der vorgeschriebenen Ordnung nicht unterwerfen, sondern die Kollegia und deren Vorgesetzte mit offenkundigen grundlosen und widerrechtlichen Beschwerden gegen bessere Wissenschaft und Ueberzeugung, belästigen, sollen nach der allgemeinen Gerichtsordnung, die noch immer fortreibt, bestraft werden. Wenn in der allgemeinen Gerichtsordnung von Kollegia die Rede ist, so sind darunter auch Amtsgerichte zu verstehen, wo nur ein Richter Entscheidung zu treffen habe. Es sollen auch Einzelrichter und Staatsanwälte nicht mit grundlosen und widerrechtlichen Beschwerden belästigt werden.“

Ganz schön! Aber was ist grundlos und widerrechtlich?

## Aussuchung und Ausbeute von Steinkohlenfeldern

Dem Preussischen Landtage ist der Entwurf eines Gesetzes über Aussuchung und Gewinnung von Steinkohle zugegangen, demzufolge im allgemeinen das Bergwerkseigentum an Steinkohle dem Staate nach den Vorschriften des Allgemeinen Berggesetzes verliehen wird. Der Staat soll aber das Recht haben, die Ausbeutung ganz oder teilweise unter bestimmten Bedingungen anderen Personen zu übertragen. Die Uebertragung soll in der Regel gegen Entgelt und auf Zeit erfolgen. Die demgemäß beschlossenen Verträge bedürfen der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe und des Finanzministers. Sie sind dem Landtage vorzulegen.

## Tarifverhandlungen im Bergbau

### Neue Preissteigerungen der Kohle in Aussicht.

Essen, 11. April. Gelegentlich der auf den 10. und 11. April in den Räumen des Bergbauvereins in Essen anberaumten Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Manteltarifes für den Ruhrbergbau, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers stattfanden, erfolgte, hervorgerufen durch die unerwartet schnell gestiegene Teuerung, auf Verlangen der Arbeitnehmer zwischen den Vertretern des Isehnverbandes und der Arbeiterorganisation eine Aussprache über die Lohnfrage. Nach langwierigen Verhandlungen, die durch die Auswirkung einer Lohnerhöhung auf die Gestaltung der Kohlenpreise erschwert waren, einigte man sich dahin, daß unmittelbar nach Ostern, am 19. April, im Reichsarbeitsministerium in Berlin eine neue Festsetzung der Löhne mit Wirkung vom 20. 4. ab stattfinden soll. Zu dieser Verhandlung werden Vertreter sämtlicher Kohlenreviere eingeladen werden. Es ist vorgesehen, daß in unmittelbarem Anschluß an diese Lohnverhandlung möglichst noch am Nachmittage desselben Tages im Reichskohlenverband über die durch Lohnerhöhung bedingte Neuregelung der Kohlenpreise verhandelt werden soll.

## Die Reparationskommission zum Beneimans-Abkommen

Paris, 11. April.

Die Reparationskommission beschäftigte sich heute nachmittags in einer offiziellen Sitzung nochmals mit dem Beneimans-Abkommen über die deutsche Sachlieferungen, das jetzt nach der erneuten Rückkehr des belgischen Delegierten aus Berlin durch die Kommission seine endgültige Gestalt erhalten soll und erst dann in Kraft treten kann. Wie voraus mitteilt, wird im Anschluß hieran eine offizielle Sitzung zur weiteren Besprechung der deutschen Antwortnote in der Reparationsfrage abgehalten werden.

Nach dem „Journal des Debats“ steht die Reparationskommission vor der Frage, ob sie die Verweigerung der deutschen Antwort an die alliierten Regierungen beschließen soll, die allein Sanktionen erlassen könnten, oder ob sie in einer neuen Rolle von der deutschen Regierung nachdrücklich diejenigen bestimmten Einzelheiten verlangen werde, die die Antwort in ihrer jetzigen Gestalt nicht enthalte. In ersterem Falle laufe man, da die Leiter der verschiedenen Regierungen fast sämtlich in Genua seien, notwendig der Gefahr, in der Konferenz eine Frage aufzuwerfen, die von der Tagesordnung getrennt worden sei, und so das Programm von Cannes zum Scheitern zu bringen, oder aber man nötige den Obersten Rat, sofort zusammenzutreten und über die gegen Deutschland zu ergehenden Sanktionen zu beraten. Und dann behändere man die Fortsetzung der Konferenz. In letzterem Falle könne die Reparationskommission zwar eine energische und klare Haltung gegenüber der zweideutigen Antwort Deutschlands annehmen, müsse aber nach einer Formel suchen, die ihr einen Zeitgewinn verschaffe.

## Der „Temps“ zur deutschen Antwort

Der „Temps“ kommentiert die Antwort der Deutschen Regierung an die Reparationskommission wie folgt: Deutschland hat gerade den Tag der Eröffnung der Konferenz von Genua abgewartet, um der Reparationskommission zu antworten. Die deutsche Regierung möchte damit die Reparationsfrage vor die Konferenz von Genua bringen. Es steht den Deutschen zu, zu wissen, was sie tun sollen und was sie nicht tun sollen. Wir können nur ihre Taten beobachten, um deren Folgen nachzugehen. Wenn man die deutsche Antwort liest, so fällt im besonderen deren negativer Charakter auf. Der ganze Anfang ist eine lange Klage über die Marktentwertung. Man möchte darauf antworten, daß die Marktentwertung einem Teil der Bevölkerung einen großen Gewinn einträgt. Die Marktentwertung ist auch darauf zurückzuführen, daß die Kapitalisten und die anderen Beträgeren dazu gekommen sind. Aber warum die Diskussion wieder eröffnen? Die Reparationskommission konnte die Marktentwertung, und gerade, um sie aufzuhalten, hat sie eine Finanzsanierung vorgeschlagen. Die deutsche Regierung verlangt, daß die Frage der Reparationen vor eine internationale Untersuchungskommission gebracht werde. Sie erteilt also die Vollmachten der Reparationskommission an, wie sie im Friedensvertrag festgelegt worden sind. Die deutsche Regierung weigert sich in weinerlichem Ton, dem Auslande irgendwelchen Einfluß bei der Ausführung und Durchführung der Gesetze einzuräumen. Lassen wir die Prinzipienreiter belächeln und besänftigen uns mit den Taktiken. Die Reparationskommission möchte dem Reiche Gelegenheit geben, seine Finanzen zu sanieren, da sie begriffen hatte, daß die Deutsche Regierung eines solchen Bestandes bedarf, um die Kapitalisten und die unerschütterlichen Ausgaben zu verbüßen, die seine gegenwärtigen Zwecke bilden.

# Das sozialistische Ausland über die Berliner Konferenz

Aus der sozialistischen Presse des Auslandes liegen verschiedene Meinungen über das Ergebnis der kürzlich internationalen Konferenz in Berlin vor, die der Beachtung wert sind.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt unter anderem:

„Einen ersten Versuch hat Friedrich Adler die Konferenz bei ihrer Eröffnung genannt. Dieser erste Versuch ist gelungen. Gewiß, wir dürfen das Errungene nicht überschätzen. Die großen geschichtlichen Gegensätze innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung sind noch lange nicht überbrückt. In jedem einzelnen Lande und im internationalen Bereich wirken sie verhängnisvoll weiter. Aber das internationale Proletariat gelangt doch endlich wieder zu einem gemeinsamen Organ und zur ersten gemeinsamen Aktion. Der erste, der schwerste Schritt zur Einheitsfront ist trotz alledem getan. Dafür, daß ihr bald weitere folgen, bürgt die Notwendigkeit des Klassenkampfes selbst, die die streikenden Brüder trotz allem Eifer zusammenführen, zusammenzwingen wird. Auf der Bahn, die wir mit der Wiener Konferenz vor einem Jahr eingeschlagen haben, bedeutet die Konferenz von Berlin einen Schritt vorwärts.“

„Sozialdemokrat“, Prag, Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakei:

Angesichts der schweren Lage, in der sich das internationale Proletariat befindet, wäre es die herbste Enttäuschung, wenn die Konferenz in dem Streit über die Bedingungen der Zusammenarbeit gescheitert wäre. Das ist nicht geschehen, und freudig darf festgestellt werden, daß der erste große Schritt zu einer gemeinsamen internationalen Aktion getan wurde. Die internationale Arbeitergemeinschaft darf auf die geleistete Arbeit mit Stolz zurückblicken und die Arbeiter aller Länder dürfen, da sich die Möglichkeit der geschlossenen Kampffront des Proletariats zeigt, zuversichtlich in die Zukunft sehen.“

Leon Blum weist im „Populaire“, dem Zentralorgan der französischen Sozialisten, mit Genugtuung darauf hin, daß die Berliner Konferenz die zwei ihr drohenden Gefahren überwunden hat, nämlich sie habe es weder zu dem anfänglich drohenden Konflikt und dadurch zum Mißerfolg der Konferenz kommen lassen, noch habe sie instinktiven Bestrebungen nachgegeben. Blum schließt:

„Das Empfinden der Sozialisten wird — ich bin dessen sicher — einmütig sein. Am Tage der Spaltung selbst haben wir den Willen fundgegeben, zwischen unseren Genossen vom Vorabend und uns, eine Möglichkeit gemeinsamer Aktion zu bewahren und nichts hat diesen Willen trüben oder beeinträchtigen können. Unerkennbarlich in unserer Treue zu der sozialistischen Doktrin und Taktik — eine Treue, die uns in Tour de die blutige Opfer gekostet hat — werden wir nichts unternommen, um unter den zerrissenen Fraktionen des französischen Parlaments jene Übereinstimmung wieder herzustellen, welche die beschlossenen Aktionen erlaubt. Wir werden und dabei selbst treu bleiben, wir werden, man mag darauf rechnen, uns von niemand täuschen lassen, aber aus vollem Herzen werden wir dem Schlußsatz der gemeinsamen Erklärung beitreten: Für den Wiederaufbau der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale.“

Charles Rappoport schreibt in der kommunistischen Pariser „Humanité“:

„Der 4. August hat die zweite Internationale geädelt. Die Berliner Konferenz hat sie endgültig bearbeitet. Es ist feststehend, daß sich die Mehrheitssozialisten aus dem Lager der Revolution mit Vandervelde, einem der Unterzeichner des Pariser Programms, solidarisiert haben. Die Deutscher und die Österreicher bilden eine Einheitsfront. Die Maschinen sind gefallen. Die Zweite Internationale zeigt sich in ihrer ganzen Scheuklappigkeit. Wenn die Taktik der „Einheitsfront“ nur dieses eine Ergebnis gehabt hätte, würde sich die Moskauer Exekutive um die Weltrevolution verdient gemacht haben.“

Vandervelde sahnte seine Eindrücke einem Redakteur des Brüsseler „Peuple“ gegenüber wie folgt zusammen:

„Ich kehre mit dem Eindruck zurück, daß in einer äußeren nahen Zukunft die einer allgemeinen Konferenz entgegenstehenden Hindernisse behoben werden können, und inzwischen sind wir von einem Teil unserer Befürchtungen hinsichtlich der im Butirski-Gefängnis festgehaltenen Sozialrevolutionäre befreit. Die Delegierten der russischen sozialrevolutionären Partei haben mich gebeten, zu ihrer Verteidigung nach Moskau zu gehen. Ich werde es als meine Aufgabe betrachten, diesem Ruf zu folgen.“

Der „Daily Herald“, das einzige täglich erscheinende Arbeiterblatt Englands, schreibt unter dem Titel „Großartige Neugierigkeiten“ über die Internationale Konferenz in Berlin in seiner Nummer vom 7. April folgendes:

„Was sich gestern in Berlin angegetragen hat, wird vielleicht das größte historische Ereignis des Jahrhunderts werden.“

„Den Kredit dafür können in Anspruch nehmen die Vertreter der drei sozialistischen Internationalen — die zweite, die dritte, und die sogenannte Internationale 2 1/2 von Wien — denn sie haben überwunden, was einst ein unüberwindliches Hindernis schien und sich zu der Lehre der Einheitsfront bekannt, die allein das Volk vor den kapitalistischen Feinden retten kann, die es gleichermaßen in allen Ländern unterdrücken.“

„Ein Komitee wurde ernannt, um künftige Konferenzen der drei Internationalen vorzubereiten. Sozialistische und Arbeiterparteien, die zu keiner der drei Internationalen gehören, werden zu dieser Konferenz ebenfalls eingeladen und Schritte werden unternommen werden, um die beiden gewerkschaftlichen Internationalen (den internationalen Gewerkschaftsbund und die rote Gewerkschaftsinternationale) in eine einheitliche Front zu bringen.“

Dieser große Schritt vorwärts ändert die gesamte Bedeutung der Genua-Konferenz. In der Tat, er verleiht ihr erst die Bedeutung, den ihr kapitalistische Intrigen und Reibereien genommen haben. Die Arbeiter Russlands, die auf der Konferenz der Regierungen Arbeiterbewegung der Welt stützen bei ihrer Forderung auf Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Sowjetrusslands mit allen Ländern.“

Gleichermaßen wird die Förderung Deutschlands auf Aufhebung unmöglicher Kriegsschadensforderungen durch die Autorität aller Arbeiter moralisch geklärt.

Das Monsieur Poincaré und Mr. Lloyd George und die Delegierten der Konferenz angenommen haben, verleiht ihr jetzt die Arbeiterbewegung.

„Aber weit wichtiger noch als diese Resultate und weit bedeutsamer ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive.“

Dies ist die Hauptsache. Ja dies ist alles.“

„Die Kapitalisten haben sich bereits international zusammengeschlossen. In jedem Lande führen sie ununterbrochen und rücksichtslos ihren Krieg gegen die Arbeiter. Gegen die Metallarbeiter, die Bergarbeiter, die Transportarbeiter, die Textilarbeiter, die Fabrikarbeiter, die Landarbeiter, kurz gegen alle Arbeiter. Hier sowohl als auch in Deutschland und Amerika, in Frankreich und in Italien, überall und in jedem Industriezweig wird dieser Kampf geführt. Und er geht weiter.“

„Die Arbeiter werden ihn gewinnen, wenn sie sich vereinen, wie es die Kapitalisten getan haben. In Berlin haben sie einen bedeutsamen und notwendigen Schritt hierzu getan. Es ist der Anfang einer neuen Zeit.“

**Beendigung der dänischen Ausperrung.** Die große Ausperrung, die vier Wochen gedauert hat, wurde beendet, indem in den Versammlungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der Vorschlag der staatlichen Schlichtungsbehörde angenommen wurde. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen werden.

**Faschisten-Geschichten in Genua.** Die Delegiertenversammlung der Faschisten hat beschlossen, acht Abgeordnete als Beobachter zu der Konferenz nach Genua zu entsenden. Im ganzen Gebiet um Rapallo sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

## Gewerkschaftliches

### Unternehmerlabofage

Der Streit der Angestellten in der Zigaretten-Industrie geht weiter!

Zu den am vergangenen Sonnabend vom Demobilisierungskommissar anberaumten Verhandlungen erschien von Arbeitgeberseite lediglich der Syndikus des Arbeitgeberverbandes Herr Dr. Simon. Er behauptete, zu sachlichen Verhandlungen kein Mandat zu haben und gab die Erklärung ab, daß die Angestellten erst die Arbeit wieder aufnehmen müßten, ehe in Verhandlungen eingetreten werden könnte. Der Vertreter des Herrn Demobilisierungskommissars machte einen Vergleichsvorschlag, der den Parteien empfahl, den Schiedspruch anzuerkennen mit der Maßgabe, daß die Gehaltsföde vom 15. Februar bis zum 30. April Geltung haben sollten. Obwohl dieser Vorschlag an die Angestellten neue Opfer stellt, wurde er von diesen angenommen, von den Arbeitgebern aber abgelehnt. Eine derartig offensichtliche Mißachtung der gesetzlichen Schlichtungsinstanzen, wie sie hier von den Zigarettengehaltigen geübt wird, steht in der Angestelltenbewegung der letzten Zeit einzig dar, und es wird nunmehr Sache des Herrn Demobilisierungskommissars sein, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären, wenn er seine Autorität nicht ganz und gar preisgeben will.

Im Laufe des gestrigen Tages hat außerdem der Deutsche Transportarbeiterverband den Arbeitgebern noch einen weiteren Vermittlungsvorschlag dergestalt unterbreitet, daß ein unparteiisches Schiedsgericht eingesetzt werden sollte. Die Parteien sollten im voraus erklären, sich dem Schiedsgericht dieses Schiedsgerichts zu unterwerfen; die Angestellten erklärten sich bereit nach dieser Erklärung sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Auch dieser Vorschlag ist gescheitert, weil die Arbeitgeber daran die Bedingung knüpften, daß die früheren Angestellten sich in ihren Betrieben um Neueinstellung bewerben sollen.“

Man wolle also zuerst eine Auswahl der Wiedereinstellenden vornehmen und dann eventl. die Schiedsgerichtsverhandlungen eingehen. Wenn nunmehr der Kampf in den nächsten Tagen sich verschärft, ist dies lediglich der unverant-

wortlichen Haltung des Arbeitgeberverbandes zuzuschreiben. Die Streikenden führen den Kampf mit Zuversicht weiter, bis bei den Arbeitgebern wieder die Vernunft eingezogen ist.

### Für Industrieverbände

Wir berichteten bereits über die angemessenen Anträge bei den Berliner Metallarbeitern, die sich u. a. einstimmig für die Schaffung von Industrieverbänden ausgesprochen. Wir tragen hiermit den aus Raumangel zurückgestellten Antrag im vollen Wortlaut nach:

„Die unaufhaltsam fortschreitende Konzentration der Industrie bringt die gegenwärtigen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft zu unzulässig dazu, ihre Organisationsform den veränderten Verhältnissen anzupassen.“

Wenn es bisher bedingt noch möglich war, den an Umfang gewaltig gesteigerten Gewerkschaftskampf mit Hilfe der alten Organisationsform, der Berufsorganisation, zu führen, so sind die früher bestehenden Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchführung des Wirtschaftskampfes heute nicht mehr gegeben. Ebenso muß die Beibehaltung dieser Organisationsform zum Schaden des Zentralisationsgedankens der Arbeiterschaft sich auswirken.“

Der augenblickliche Zustand ist für die führende Organisation eines Industriezweiges wie für die beteiligte Arbeiterschaft gleich unerträglich, daß in großen und für die Wirtschaft außerordentlich wichtigen Industriezweigen bis zu 25 Einzelorganisationen als Tarifkontrahenten auftreten sowie stetig versuchen, ihren Organisationseinfluß bei der beschäftigten Arbeiterschaft zu verstärken.“

Infolgedessen besteht die Notwendigkeit, daß die bisher führende Organisation eines Industriezweiges in Zukunft allein berechtigt ist, die in diesem Industriezweig Beschäftigten zu organisieren.“

Damit der Wechsel der Arbeit von einem Industriezweig zum anderen sich verhältnismäßig reibungslos vollzieht, beschließt der erste Gewerkschaftskongress, daß die Statuten der einzelnen Organisationen — soweit nicht besondere berufliche Verhältnisse besondere Bestimmungen notwendig machen — zentral Beiträge und Unterstützungsföde in den einzelnen Wirtschaftsbereichen gleichmütig zu vereinbaren sind.“

Der Kongress beschließt die Gewerkschaftskongress, den § 4 der Satzungen des ADGB, wie folgt zu ändern:

„Der Bund erkennt an, daß die wirtschaftliche Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenflusses zu großen, Leistungsfähigen Industrieverbänden vollziehen muß, und daß die fortschreitende Technik und Wirtschaftsverfassung die Führung aller in dem Industriezweig Beschäftigten in die zuständigen Industrieverbände bedingt.“

Ebenso sind die §§ 5 bis 12 sinngemäß zu ändern resp. zu streichen.“

**Zentralverband der Angestellten.** Die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten bleibt der Osterferien wegen ab Freitag, den 14. April bis einschl. Montag, den 17. April 1923, geschlossen.

**Eine Baugilde in Frankreich.** Der Generalrat der Gewerkschaft der Technischen Angestellten der Industrie, des Handels und Gewerbes hat die Bildung einer Baugilde beschlossen. Diese Gilde soll nicht für Privatleute, sondern für Gemeinwesen arbeiten, d. h. für öffentliche Verwaltungen, Gemeindebehörden, Vereinigungen von Kriegsbeschädigten usw. Dieser Beschluß wurde auf Grund eines formellen Beschlusses der Vertreter der Kriegsbeschädigten gefaßt, der lautet: „Die unglücklichen Bewohner der verwüsteten Gebiete sind der nicht gehaltenen Versprechen müde. Sie weigern sich, den Mittelspersonen, Bankiers und Unternehmern Wuchererträge zu überlassen, die mehr als 25 Prozent ihrer Kriegsschadensausgaben ausmachen und ohnehin für die Wiederherstellung des zerstörten Besitzes zum Wert von 1914 nicht ausreichen. Sie wenden sich deshalb direkt an die Techniker und Arbeiter, welche nur die normalen Löhne beanspruchen und Arbeiten annehmen, ohne Gewinne erzielen zu wollen.“ Dieser erste Versuch wird im Einverständnis mit den Gewerkschaften der Bauarbeiter gemacht werden.

**Zur Beachtung!** Es muß erneut darauf hingewiesen werden, daß Manuskripte nur auf einer Seite, und möglichst mit Linien, zu schreiben sind. Ankündigungen zu Sitzungen und Branchensammlungen usw. können nur im Vereinskalendarium aufgenommen werden. Notizen für den Lehrer sind möglichst kurz zu halten und je nach Tagesgeordnet zusammenzufassen. Gewerkschaftsfunktionäre der früheren Verbände seien besonders darauf aufmerksam gemacht. Zuschriften aus dem Leserkreis über unzureichende Entlohnung usw. seitens verschiedener Arbeitgeber sind in erster Linie an die zuständigen Gewerkschaften zu richten, die auch in der Lage sind, das Uebel zu beseitigen. Durch eine bloße Veröffentlichung wird das „soziale Gewissen“ keines Unternehmers, wie einer unserer Leser meint, geschärft werden. Wir sind auch kaum in der Lage, einzelne private Zuschriften auf ihre Nützlichkeit nachprüfen zu können und überweisen sie stets an die Verbände. Dieser Umweg kann vermieden werden, wenn dies direkt geschieht. Daß der Aufsicht auf die Organisation die einzige Gewähr bietet, daß Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer einigermaßen eingehalten werden müssen, verleiht sich am Ende.

## Dem Suchen, Sehen und Sparen.

Wenn Sie etwas suchen, müssen Sie gut sehen können, um es zu finden. Aber was nun, wenn Sie Ihr Augenglas suchen müssen? Dann sehen Sie eben ein anderes aus. Allerdings nicht auch das wenig, wenn Sie es so machen wie meine Großmutter. Sie pflegte ihren Aneiser, den sie an der Schnur trug, stets über die linke Schulter zu werfen, wenn sie ihn nicht benutzte. Hatte sie ihn aber aus Versehen über die rechte geworfen, so fand sie ihn nicht, trotzdem sie ihre Brille aufsetzte und die ganze Stube absuchte zum Vergnügen von uns Kindern, die darüber lachten, weil es so komisch ausah. Aber eben so komisch und lächerlich sieht es aus, wenn man einen sonst ganz vernünftigen Menschen hilflos zu Hau-

fen sieht, nur weil er sein Augenglas im Geschäft vergessen hat. Er schimpft und ärgert sich und anders, weil er an falscher Stelle so sehr gespart hatte, anstatt ein zweites gutes Augenglas anzuschaffen. Manchmal ist allerdings noch ein altes vorhanden, und man sieht dann diesen Sparsamen die Zeitung lesen, wobei er die Arme so weit ausstreckt, daß man Angst bekommt, er redet sie sich so sehr aus, daß ihm nachher die Rockärmel zu kurz sind.

Lohnt es sich wirklich heute noch, so zu sparen, um sich auch nur zeitweilen Verdruß und Ärger zu machen? Wie unangenehm ist es, wenn man sein Glas zerbrochen hat, und selbst Optiker Punkte, der doch bekanntlich eine eigene große Brillen-Gläser-Fabrik in Rathenow hat, kann es nicht sofort ersetzen, weil eben unter den heutigen Verhältnissen entweder das Rohglas fehlt, das die Glashütten aus Rohlenmangel nicht liefern können, oder weil ein anderes der so bekannten Hindernisse eingetreten ist.

Es wird wohl nur wenige Menschen geben, die kein Hemd anzuziehen haben, weil ihr einziges gerade in der Wäsche ist. Aber

daß es Tausende von Menschen allein in unserer Stadt gibt, die in Verlegenheit kommen, wenn sie ihr Augenglas zerbrochen oder verlegt haben, das ist sicher.

Wie störend und manchmal auch kostspielig aber ist es, wegen eines zu wenig gekauften Augenglases nicht leben zu können, nicht seine Arbeit zur rechten Zeit oder mit gewohnter Sorgfalt verrichten oder auch nur die Zeitung nicht lesen zu können.

Schaffen Sie sich deshalb noch heute ein zweites Augenglas an, vielleicht morgen schon werden Sie es gebrauchen müssen. Aber kaufen Sie sich nur keinen billigen Ersatz, sondern ein gutes, passendes, modernes Augenglas, das seinen Zweck auch dann noch erfüllen kann, wenn Ihr jetzt im Gebrauch befindliches den Dienst für immer verläßt. Gute Sachen sind immer die billigsten. Zwar auch Augengläser sind teuer geworden. Aber bei Optiker Ruhnke sind die Preise noch erschwinglich. Einen guten Doublet-Kneifer ohne Gläser erhalten Sie schon von M. 48.— an. Punktort-Gläser M. 48.— pro Paar, Sanostop M. 60.— pro Paar.

# Sind's die Augen — geh zu Ruhnke!

**C Spittelmarkt**  
Gde. Wallstr.  
Alexander-Platz  
nahe Wilmers  
Königsstr. 55  
gegenüber Rathaus

**W Friedrich-Str. 103 a**  
Gde. Leipziger Str.  
Leipziger Str. 113  
Gde. Mauern-Gde.

**SO Dronien-Str. 44**  
zwischen Moritz- und  
Dronien-Platz

**N Friedrich-Str. 106**  
Gde. Sigel-Str.  
Invaliden-Str. 164  
Gde. Brunnen-Gde.

**NW Friedrich-Str. 150**  
Gde. Dorotheen-Gde.  
N Chaussee-Str. 72  
nahe Mauern-Gde.

**Charlottenburg**  
Lauenburger-Str. 15  
Gde. Wucherer-Str.  
Josephsplatz Str. 2  
nahe Wl. See

**Schöneberg**  
Kant-Str. 21, Gde. Hagelen-Str.  
Friedenau:  
Helm-Str. 18, Gde. Kirch-Str.  
Neutölln:  
Ferg-Str. 4, Gde. Nießen-Gde.  
Spandau:  
Friede Str. 18, nahe Markt



### Die Rennbahn-Pythia

Die Weltrennmachine beginnt wieder zu arbeiten. Voraussichtlich wird es mit den Millionenmännchen am Tote in diesem Jahr noch toller werden als vorher. Ist doch sogar die Einrichtung von Film- bis Fehmausendmarkt-Totos geplant, damit die Rennbahnschieber das Geld leichter ergattern und die Dummen es leichter loswerden. In Arbeiterkreisen, die sich für Pferde-Rennen und Pferde-Toto interessieren, wird noch dies und jenes gefragt, weshalb nicht auch die „Freiheit“ vorher „tippt“. Die so fragen, könnten sich die Antwort eigentlich selbst geben. Sozialistische Blätter müssen es ablehnen, vorherzusagen zu veröffentlichen, die im allgemeinen auf ganz unsicheren Vermutungen aufgebaut sind und den Wettläufigen das Geld aus der Tasche locken. Das Ende eines jeden Rennens ist vom Ablauf, von Stürzen, Pferdefallen, Reitertricks und vielen anderen Zwischenfällen abhängig. Niemand kann also etwas ganz sicheres voraussagen. Wenn das möglich wäre, hätten ja die bestbeachteten Wettjonglerne in Schwinnen schwimmen müssen. Selbst die sogenannten Stallgeheimnisse und die immer häufiger vorkommenden Turfschiebungen können durch irgendwelche unbedeutende Zufälligkeiten leicht über den Haufen gerannt werden.

Vergleicht man die Tips der das Gras auf dem grünen Rasen wachsenden hörenden Sportblätter und Sportrubriken von bürgerlichen Tageszeitungen untereinander, dann müssen so ziemlich alle Pferde gewinnen. In der Regel trifft das Wort zu: „erstens kommt es anders, zweitens als man denkt.“ Sogar die Journalisten, das heißt die durch die Art ihrer Trainerarbeit am meisten befristeten Gänge, besagen unentgeltlich oft. Das alles wissen die literarischen Durststücker ganz genau. Sie wissen also nicht mehr, als jeder andere Mensch auch kombinieren könnte. Beachtenswert ist es daher, wie gewisse Blätter in ihren Tips mit geschicktem Wortschwall regelmäßig gleich ein halbes Duzend und mehr Pferde als mögliche Sieger empfehlen. Zum Beispiel: Vier genannte Pferde, die in brillanter Form sind, haben die meisten Gewinnansichten und müssen sich mit drei anderen von hoher Qualität abfinden, aber zwei andere, die nicht zu übersehen sind, können überraschen. Oder: die Ställe Schulze und Müller laßen die Aufmerksamkeit auf sich, Weidmann und Reumann können mit vorn sein, August und Wilhelm werden, wenn sie bei Laune sind, gute Chancen im Rennen tragen. Das sind die Tips, die jeder Schalterjunge geben kann. Sucht euch aus, ihr Dummen, was euch gefällt! Und wenn dann natürlich eins von zehn empfohlenen Pferden als erstes das Ziel passiert, heißt es irreführend: „Da sieht ihr's... unser Tip war der richtige!“

Die Wettleidenschaft ist unter dem Einfluß unserer summbewirtschaftenden Zeit zu einer wahren Volkskrankheit geworden und darf deshalb von der ehrliehen Presse nicht noch unterschützt werden. Am allerwenigsten soll das mit Tips gefasene, die weiter nichts als fauler Jouber sind und der vieljährigen Pythia des Altertums moderne Konkurrenz machen.

### Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, die Fahrpreise abermals zu erhöhen. Namens der Fraktion der Unabhängigen Partei erklärte Genosse Weyl, der Erhöhung des Fahrpreises für die Straßenbahn nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß den Minderbemittelten für die Fahrten von und zu ihrer Arbeitsstätte und den körperlich Schwerverbeschädigten Erleichterungen gewährt werden. Er beantragte, den Magistrat zu ersuchen, binnen vier Wochen eine dahingehende Vorlage zu machen, gleichzeitig mit einer Denkschrift über die bezüglich der Reorganisation unternommenen Schritte. Die Mehrheit der Stadtverordneten lehnte diesen Antrag jedoch ab, stimmte dagegen einem Antrag der Deutschnationalen zu, den Antrag der Unabhängigen dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen. Angenommen wurde ferner ein Antrag v. Cohnen auf Einführung von Sammelkarten (7 Stück zu 20 M.) sowie die Einführung von Schülerkarten, auch für Schüler über 16 Jahre. Außerdem wurde beschlossen, die Dauer für die Gültigkeit der Umsteigekarten auf drei Stunden zu er-

weitern und die Befristung der Tarifierhöhung bis zum 30. Juni auszudehnen. Mit diesen Anträgen und Abänderungen wurden die Tarifierhöhungen für Straßenbahn und Gas in der Gesamtabstimmung angenommen.

### Rückwirkende Kraft der städtischen Wagensteuer

Der Oberpräsident hat nachträglich zu der städtischen Wagensteuerordnung vom 1. Februar 1922 mit Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen genehmigt, daß die Ordnung mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1921 Wirksamkeit hat. Danach sind schon vom 1. Oktober v. J. ab Wagen mit tierischer Fortbewegung jährlich mit folgenden Säßen zu versteuern: Personenwagen zu Vergnügungs- und Sportzwecken und zur Bequemlichkeit mit 800 M., andere Personenwagen mit 400 M., Dreiräder mit 100 M. jährlich. — Die Vorlage über die Erhebung einer Steuer für die Benutzung von nicht öffentlich ausgetakelten Mietkraftwagen hat, wie wir erfahren, der Magistrat zurückgezogen.

### Festabend der Sozialistischen Proletarierjugend

Aus Anlaß der Reichskonferenz der Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands in Berlin veranstaltet die Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin zur Begrüßung der Delegierten am Charfreitag, den 11. April, 1/8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 22/24, einen Festabend mit künstlerischen Darbietungen. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Erna Schulz (Geige), Dr. Ernst Joke (Klavier), Sela Frau-Stößinger (Sello), Räte Mendisen (Gesang), Wolfgang Heinz vom Staatsschauspielhaus (Rezitation). Neben den Mitgliedern der SPJ., die verpflichtet sind, vollständig zu erscheinen, werden auch die Parteigenossen ersucht, die Veranstaltung zu besuchen. Der Eintritt ist frei.

### Tuberkulose-Fonds lungenkranker Kinder

Eine der verbreitetsten Krankheiten ist die Tuberkulose, von der alle Schichten des Volkes befallen werden. Infolge der Unterernährung und der Not, welcher das Volk während des Krieges ausgesetzt war und auch heute noch ist, tritt die Tuberkulose (genannt: die weiße Seuche) immer mehr um sich. Elend und krank wächst unsere Jugend heran! — Um nun die kranken Kinder in eine Besserung zu bringen zu können oder im Sommer aufs Land, damit die kommende Generation wieder zu kräftigen und gesunden Menschen heranwachsen kann — fehlen uns die Mittel, um dies durchführen zu können.

Die Kerkelchaft sowie auch wir sehen mit Schrecken das immer größer werdende Elend. — Wir allein sind nicht in der Lage, wirklich durchgreifend dem entgegenzutreten zu können, dazu bedarf es der Mithilfe aller. Darum richten wir an alle die dringende Bitte, mitzuhelfen an der Bekämpfung der Tuberkulose durch Uebersendung der notwendigen Geldmittel.

Es geht um das Glück unserer geliebten Kinder und Kindeskinder. Gesinnt es nicht, dem Bürgermeier Tuberkulose halt zu gebieten, verlinkt unsere Kultur, unser ganzes Volk unrettbar in den Abgrund. Darum öffnet Hände und Herzen! Gebt Sonne denen, die frieren! Sonne an warmen, immer wieder düdlsamer Nächtenliebe! Schwer genug ist die Arbeit.

Jahrsachte mühevoller Tuberkulosebekämpfung waren vergeblich. Darum wollen wir — das Volk selbst — dazu beitragen, um die Tuberkulose zu hemmen! Darum dürfen wir nicht versagen, sondern müssen fest zusammenstehen, unbetrübt vom Branden und Toben des Alltags.

Höchste Pflicht sei und die Liebe und Sorge für unsere Jugend und Volksgenossen... Volk in Not, Welt vorm Tod! Denkt an eure Kinder und Tuberkulose!

Alle Gaben und Geldsendungen sind an unseren 1. Kassierer unter Postfachkonto Nr. 84108, Max Courad, Berlin N. 20, Poststr. 2, u. 1 Trp., mit dem Kennwort: Tuberkulosefond einzusenden.

Verband der Jungen und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands (St. Berlin).

### Die Sicherheit auf der Stadtbahn

Ein Leser schreibt uns: „Sonntag, fünf bis zehn Minuten vor 1/2 Uhr stieg auf Bahnhof „Zoologischer Garten“ aus einem „Bekend“-Zuge ein Herr, der aus Mund und Nase hart blutete. Unterstützt von einem zweiten Herrn, ersuchte er den Fahrdienstleiter, einige seiner Mitreisenden aus dem Abteil herauszuholen und ihre Personalien festzustellen, da er von ihnen überfallen und geschlagen worden sei. Er habe Frau und Kinder zu Haus, sei vier Jahre im Felde gewesen und müsse sich nun schlagen lassen, bloß weil er Jude sei. Aus den Reden, die geführt wurden, gewann ich den Eindruck, daß der Geschlagene im Bahnausgang von Rabau-Antisemiten so zugerichtet worden sei. Bestreblichsweise erklärte der Beamte, er habe kein Recht, den Zug deshalb anzuhalten und gab das Zeichen zur Abfahrt. Auch mir gegenüber wiederholte der Beamte mit der roten Mütze seine Meinung und sagte hinzu, daß er sonst selbst noch in die Prügelei hineingezogen würde. Er blieb bei dieser Meinung auch, als ich ihm sagte, daß er doch wenigstens den Versuch hätte machen können, dem verächtlichen Bursche des Verlehten nachzukommen.“

Zweite Groß-Berliner Tabakmesse. Am gestrigen Dienstag wurde in den Räumen der „Neuen Welt“ die 2. Groß-Berliner Tabakmesse eröffnet. Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden hatten zur Eröffnungsfeier Vertreter entsandt. Die Bekundung der Messe, die eine ausgesprochene Fachmesse für die Interessenten des Berliner Wirtschaftsgewebes ist, kann als der beste Beweis dafür angesehen werden, daß solche Fachmessen eine Notwendigkeit sind. Den Interessenten der Tabakbranche ist Gelegenheit gegeben, an Ort und Stelle die Erzeugnisse zu prüfen — und in friedlichen Wettbewerben mit der Konkurrenz zu treten. Jede ausstellende Firma trachtet naturgemäß danach, nur einwandfreie Erzeugnisse auszustellen und auf Grund von Qualitätsware und Arbeit, sei es in Tabaken, Zigarren, Zigaretten, Mandarinenstücken usw., größere Aufträge zu erhalten. Die Messe ist bis 14. d. Mts. für Interessenten von vormittags 11 Uhr bis 10 Uhr abends geöffnet. Am Charfreitag wird sie bereits um 8 Uhr abends geschlossen. Jeder Angehörige des Tabakgewebes erhält auf Wunsch von der Messeleitung kostenlos einen Messeausweis.

Am Karfreitag keine Musik in Schaustafeln. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung betreffend Theater- und Konzertaufführungen in der Kermesse wird zur Vergebung von Zweifeln nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Karfreitag in Lokalen mit Schaustafeln gleichgültig, ob es sich um Kaffee-, Konzert- oder ähnliche Lokale handelt, musikalische Darbietungen jeder Art, also auch ernster Musik, grundsätzlich verboten sind.

Der Preisausstoß für Kartoffeln in der Provinz Brandenburg hat in seiner Sitzung vom 10. April einen Erzeugerpreis von 185 M. für den Zentner Kartoffeln ab marktlicher Station für angemessen trachtet. Hiernach stellen sich die Kartoffelpreise für den Zentner beim Großhändler auf 245 M. beim Kleinhändler auf 280 M. Hinsichtlich der Kartoffeln anderer Erzeugungsgebiete gelten nach wie vor die bereits veröffentlichten Erzeugerpreise.

Falschmünzer vor Gericht. Die Strafkammer des Landgerichts I verhandelte eine Anklage wegen Vorbereitung zum Münzverbrechen und Diebstahl bzw. Hehlerlei gegen 12 Personen unter dem Pseudonym Neumeister und Genossen. Das Papier zu den Darlehnskassenscheinen zu 20 Mark und zu den anderen Banknoten wurde in der Papierfabrik in Speichhausen hergestellt. Dort war ein Arbeiter Otto Reumann in dem Kellergang mit der Vernichtung von Abfallpapier beschäftigt gewesen. Gelegentlich hat er zu einer mitangelegten Frau geäußert, daß er, wenn jemand Papier zur Herstellung falschen Geldes gebrauche, er dies leicht besorgen könne. Diese Äußerung merkte sich die Frau und auf ihre Veranlassung entwendete Reumann auf seiner Arbeitsstelle noch und noch einen größeren Vorrat Papier zu 20 Mark - Darlehnskassenscheinen. Dieses Papier brachte die Frau nach Berlin und nun traten die übrigen Angeklagten der Sache näher und betrieben den Plan, aus dem Papier falsche Zwanzigmarscheine herzu-

### Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Wichtig autorisierte Uebersetzung von August Schell. Simons & Co. Copyright 1918 by Ullstein & Co. Berlin.

(46. Fortsetzung.)

Von ihrer Tochter hieß es: „Was ist schon groß dabei! Es wird eben ein Fräulein mehr auf der Welt sein. Wer weiß, vielleicht lernt sie gar nicht aus, vielleicht stirbt sie...“ „Schließlich haben es auch die gelehrten Mädchen nicht so sehr gut — wenn sie zum Beispiel Bekehrin wird, kann sie nicht mal heiraten...“ „Frauenverstand sitzt mal nicht im Kopfe...“ Es berührte mich peinlich zu hören, daß sie selbst von ihrem Geschlecht mit so wenig Parigefühl sprachen. Ich wußte bisher nur, wie die Matrosen, die Soldaten, die Ballarbeiter von den Frauen redeten, und wie die Männer voreinander mit ihren Siegen über sie prahlten, doch schien mir aus ihren Reden stets ein gut Teil Aufschneider herauszuklingen. Die Wäscherinnen schwiegen voreinander über ihre Liebesabenteuer, aus allem jedoch, was sie über die Männer sagten, hörte ich etwas Böses, Spöttisches heraus, und der Ausdruck, daß das Weib „eine Kraft“ sei, schien mir wirklich eine tiefe Wahrheit zu enthalten. „Wie sich auch einer dreht und wendet — dem Weibe entgeht er nicht“, sagte Natalia einmal, und ein altes Frauchen stimmte ihr heiser fröhlich zu: „Das stimmt schon! Von Gott laufen sie weg und kommen zu uns, die Mönche und Einsiedler zum Beispiel...“ Diese Gespräche auf dem Grunde der Schlucht, beim Plätschern des Wassers und Klatschen der nassen Wäsche, die sie schamlos Reden über den geheimnisvollen Ursprung alles Lebenden, aller Menschen und Völker riesen in mir eine Art anstößigen Abscheus hervor. Mein Fühlen und Denken kränzte sich gegen die „Romane“, die mich da zudringlich umgaben, und ich stellte mir fortan alles, was Roman heißt, als eine schmutzige, lafterhafte Geschichte vor.

Zunehmend war es jedoch dort unten in der Schlucht, in den Räumen der Offiziersburschen und im Keller

bei den Ballarbeitern unvergleichlich interessanter als zu Hause, wo die starre Einförmigkeit der Reden, Vorstellungen und alltäglichen Geschehnisse nur eine dumpfe, brüdenbe Langeweile hervorrief. Meine Leute lebten in einem Rauberkreis, in dem nur Essen, Kranksein, Schlafen, und was damit im Zusammenhang stand, eine Rolle spielte. Höchstens sprachen sie noch von der Sünde und vom Tode, den sie gar sehr fürchteten.

War ich mit der übrigen Arbeit fertig, so ging ich nach dem Schuppen, um Holz zu zerhacken. Ich wünschte dort ungestört zu sein, doch das gelang mir nur selten, da die Offiziersburschen sich einfanden und vom Leben und Treiben auf dem Hofe erzählten.

Am häufigsten kamen Fermoichin und Esidorow zu mir in den Schuppen. Feurer war ein langer, gebückt gehender Bursche aus der Gegend von Kaluga, mit kleinem Kopfe und trüben Augen, ganz wie aus dicken, festen Sehnen zusammengesetzt. Er war trüg und beschränkt, bewegte sich langsam und ungeschickt, und wenn er eine Frau sah, ließ er eine Art Blüten hören und neigte sich vor, als wollte er vor ihr niederknien. Alle im Hofe wunderten sich, wie rasch er seine Siege über die Mädchen und Stubenmädchen erfocht, und fürchteten ihn um seiner Vätertraste willen. Esidorow, ein magerer, knochiger Junge aus Tula, war immer traurig, sprach leise und hustete viel. In seinen Augen glühte ein unruhiges Feuer, und er liebte es, in dunkle Ecken zu schauen; ob er etwas mit halblauter Stimme erzählte oder schweigend dasah, stets suchte sein Blick den dunkelsten Winkel.

„Was suchst du denn darin?“ „Vielleicht kommt 'ne Maus gelaufen... Ich liebe die Mäuse, sie hütschen so leise hin...“ Ich schrieb den Burschen ihre Briefe ins Heimatsdorf und an ihre Bräute, was mir viel Spaß machte. Am liebsten schrieb ich Esidorows Briefe — päntlich an jedem Sonnabend schickte er einen Brief an seine Schwester nach Tula. Er rief mich zu sich in die Küche, setzte sich mit mir an den Tisch, rieb mit den flachen Händen kräftig seinen geschorenen Kopf und flüsterete mir dann ins Ohr:

„Kun lea' los! Querst, wie sich's gehört: Mein Liebes Schwesterchen, sei mir vielmal's gegrüßt! Und

dann weiter: Den Rubel habe ich erhalten, aber es war gar nicht nötig, ihn zu schicken, doch ich danke Dir. Ich brauche nichts, wir leben hier gut — das heißt, wir leben durchaus nicht gut, sondern vielmehr wie die Hunde, aber davon schreib' ihr nichts. Sie ist noch klein, erst vierzehn Jahre alt, was braucht sie es da zu wissen? Jeht' schreib' selbst so weiter, wie man's dich gelehrt hat...“

Er drängte sich von links her ganz dicht an mich heran, hielt seinen Husten an und flüsterte mir einbringlich ins Ohr: „Sie soll sich nicht von den Burschen unarmen und an die Brust fallen lassen und so dergleichen. Schreib' auch: Wenn einer zu Dir freundlich spricht, so glaub' ihm nicht, denn er will Dich betriegen und verführen...“

Er rückte auf dem Stuhle hin und her und stieß mich an.

„Du bist mir im Wege!“ rief ich ärgerlich. „Aut nichts, immer schreib'! Den feinen jungen Herren glaub' an wenigsten, die verdrehen den Mädchen am schnellsten den Kopf. So ein feiner Junge hat seine ganz besonderen Worte, er kann alles sagen, wie er will, und wenn Du ihn glaubst, bist Du bald fürs öffentliche Haus reif. Sparst Du Dir einen Rubel, so gib ihn dem Popen zum Aufbewahren, wenn er ein guter Mensch ist. Oder vergrab' ihn lieber in die Erde, doch so, daß keiner es sieht, und merk Dir's, wo Du ihn vergraben hast...“

Zunmer wieder unterbrach ihn der Husten — es war ein peinliches Stück Arbeit, dieses Brätschreiben in der von Kliegenschnur starrenden und von Schwaben wimmelnden Küche, in der es nach Rauch, Petroleum, angebranntem Fett und ähnlichen Dingen roch.

Behmut erfüllte meine Seele, ich empfand Mitleid mit dem armen Soldaten und seiner Schwester. War denn solch ein Leben noch zu ertragen? Ich hörte nicht mehr auf Esidorows Geflüster, sondern schrieb drauflos, wie tröstlos und schwer das Leben sei. Er sah mir zu, stieß einen Seufzer aus und meinte:

„Du schreibst ja so viel — ich dank' dir auch! Jeht' wird sie wissen, wovor sie sich zu fürchten hat...“

(Fortsetzung folgt.)

